

Nehmen Sie die Unternehmen mit uns in die Pflicht!

Für die Aktualisierung des Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte wird das Öko-Institut Stellung beziehen und dezidiert die Umweltperspektive im politischen Diskurs stärken.

Mit Ihrer Spende erstellen wir drei Fallstudien und formulieren auf dieser Basis Anforderungen an Politik und Wirtschaft für einen besseren Schutz von Umwelt und Menschenrechten. Dafür:

- analysieren wir systematisch den Zusammenhang zwischen der Schädigung der Umwelt und der Verletzung von Menschenrechten an drei Beispielen entlang der Wertschöpfungskette – Produktion, Produkte, Entsorgung,
- befragen wir die Unternehmen, welche Vorkehrungen sie getroffen haben, um Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen im Ausland zu vermeiden und wie sie schon jetzt mit bestehenden Fällen umgehen,
- untersuchen wir, welche rechtlichen Möglichkeiten die Betroffenen haben, um die verantwortlichen deutschen Unternehmen zu belangen und wo gesetzliche Lücken bestehen.

Wir betrachten dafür den Kupferbergbau in Peru, die Abwrackung von Schiffen in Bangladesch und den Vertrieb in Deutschland nicht zugelassener Pestizide und Herbizide in Ländern des globalen Südens. In allen drei Fällen wird deutschen Unternehmen vorgeworfen, als Käufer, Lieferanten oder Entsorger Mitverursacher schwerwiegender Umweltschäden zu sein, die die Menschenrechte der Arbeiter und Anwohner verletzen.

Verbindliche Regeln für deutsche Unternehmen im Ausland: Jetzt!

Unterstützen Sie uns dabei!

Bitte überweisen Sie Ihre Spende mit dem Kennwort „Spendenprojekt 2016“ auf folgendes Konto:

GLS Bank
BLZ 430 609 67
Konto-Nr. 792 200 990 0
IBAN: DE50 4306 0967 7922 0099 00
BIC: GENODEM1GLS

Oder nutzen Sie unser Spendenformular im Internet:
www.oeko.de/spendenprojekt2016

Kontakt

Öko-Institut e.V.
Andrea Droste
Postfach 17 71
D-79017 Freiburg
Tel. 0761 45295-0
Fax 0761 45295-288
spendenprojekt@oeko.de
www.oeko.de

Umweltschutz wahrt Menschenrechte!

Deutsche Unternehmen
in der globalen Verantwortung

Spendenprojekt 2016



Zuhause Top, im Ausland Flop?

In Deutschland müssen Unternehmen strenge rechtliche Vorgaben erfüllen, um Umwelt und Menschenrechte zu schützen. Doch wie sieht die Praxis deutscher Unternehmen dort aus, wo weniger strenge Gesetze gelten, Straftaten unzureichend verfolgt werden und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln vielmehr von freiwilligen Selbstverpflichtungen bestimmt wird?

Eine aktuelle Studie der Universität Maastricht und des Business and Human Rights Resource Center lässt Zweifel am Verhalten deutscher Unternehmen im Ausland aufkommen. Die Untersuchung wertete die Anzahl menschenrechtlicher Beschwerden gegen Unternehmen aus – Deutschland belegte mit 87 Fällen im weltweiten Vergleich den unrühmlichen fünften Platz.

Umweltschäden verletzen Menschenrechte

Eine Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen haben ihre Ursache in Schäden an der Umwelt – wenn Quecksilber aus dem Bergbau das Trinkwasser vergiftet, wenn Förderprojekte in Naturschutzgebieten zur Umsiedlung der indigenen Bevölkerung führen oder wenn der unmäßige Einsatz von Pestiziden und Herbiziden Böden und Menschen vergiftet. Der Zusammenhang von Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen ist zwar nicht unbekannt, im internationalen Wirtschafts- und Politikdiskurs jedoch noch zu wenig an der Tagesordnung.

So hat die Bundesregierung die Problematik zwar grundsätzlich erkannt und Ende dieses Jahres den Nationale Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte beschlossen. Jedoch enthält dieser keinerlei verbindliche Anforderungen an Unternehmen.

Das wollen wir ändern und bitten Sie um Ihre Unterstützung!

Verantwortung von der Wiege bis zur Bahre – 3 weltweite Fallstudien

Ziel des Spendenprojekts des Öko-Instituts ist es, die Zusammenhänge zwischen von deutschen Unternehmen verursachten Umweltschäden und daraus resultierenden Menschenrechtsverletzungen zu analysieren. Wir identifizieren gesetzliche Lücken und erarbeiten Vorschläge, wie die deutsche Politik und deutsche Unternehmen ihrer Verantwortung besser gerecht werden können. Dafür befragen wir sowohl Expertinnen und Experten vor Ort als auch die beteiligten Unternehmen. Die ausgewählten Projekte decken verschiedene Aspekte von der Produktion bis zur Entsorgung ab.

Die Fallstudien:

Die Lieferkette – Abbau von Kupfer in Peru

Unsere Frage: Inwieweit sind deutsche Unternehmen, die Kupfer in Peru kaufen, verantwortlich für die Abbaubedingungen und welchen Einfluss haben sie grundsätzlich auf ihre Lieferketten?

Der Kupferbergbau in Peru ist gezeichnet durch häufige Konflikte und teils massivem Widerstand der lokalen Bevölkerung. Die Bergbaustätten nehmen große Landflächen und Wassermengen in Anspruch und sind für die Verunreinigung von Böden und Flüssen verantwortlich. Minenbetreiber und hierbei insbesondere transnationale Konsortien wurden wiederholt beschuldigt, massive Menschenrechtsverletzungen in Kauf zu nehmen, darunter Verletzungen der Rechte auf körperliche Unversehrtheit, Partizipation, Wasser, Nahrung und Gesundheit. Für Deutschland ist Peru einer der wichtigsten Handelspartner für Kupfer.



Die Produkte – Vertrieb von gesundheits- und umweltschädigenden Pestiziden im Ausland

Unsere Frage: Welche Verantwortung tragen Unternehmen, wenn sie Produkte verkaufen, die negative Auswirkungen haben, aber in Ländern mit weniger strenger Gesetzgebung nicht verboten sind?

In Europa und Nordamerika dürfen Pestizide nur verkauft werden, wenn der Hersteller explizit auf die Risiken hinweist. Beim internationalen Vertrieb, besonders in Ländern des globalen Südens, halten sich die Chemiekonzerne, darunter auch einige deutsche, teilweise weder an geltende lokale Vorgaben noch an international anerkannte Standards. Teilweise werden sogar solche Pestizide verkauft, die im Heimatstaat verboten sind. Im schlimmsten Fall beeinträchtigt der unsachgemäße Gebrauch die Gesundheit und schädigt die natürlichen Lebensgrundlagen.



Die Entsorgung – Der Schiffsfriedhof in Bangladesch

Unsere Frage: Müssen Unternehmen sicherstellen, dass die eigenen Produkte und Produktionsmittel auch im Ausland umweltgerecht entsorgt werden, auch wenn diese zum Beispiel mehrmals weiterverkauft wurden?

Die Stadt Chittagong in Bangladesch beherbergt eine der größten Abwrackwerften der Welt. Hier werden die Schiffe einfach in Küstennähe gefahren und dort demontiert. Dies führt dazu, dass Gefahrstoffe wie Blei oder Asbest direkt ins marine Ökosystem gelangen. So gefährdet das verseuchte Wasser nicht nur das Leben und die Gesundheit der Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern zerstört auch die Lebensgrundlage für ansässige Fischer und Gemeinden. Zu den Unternehmen, die ihre Schiffe so entsorgen lassen und damit die bestehenden europäischen Regularien unterlaufen, gehören auch diverse deutsche Reedereien.